

5893/J XX.GP

A n f r a g e

der Abgeordneten Khol
und Kollegen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Ad hoc - Gespräch über die Lage der Kurden im Wiener Europabüro
 der SPÖ

Am 26. Februar 1999 fand im Wiener Europabüro der SPÖ in der Schenkenstraße über Einladung von MEP Dr. Swoboda ein Ad hoc - Gespräch über die Lage der Kurden und die weitere Vorgangsweise der EU statt. Das Gespräch hat, wie sich aus der Einladung ergibt, gemeinsam mit Erol Polat, Vertreter der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) Österreich und Ender Karadas, Sprecher der ERNK - Vertretung Österreich, stattgefunden. Aus Medienberichten wurde bekannt, daß an diesem Gespräch auch Necdet Buldan, ein Abgeordneter des Kurdischen Exilparlaments teilnahm. Dieser erklärte unverhohlen "*Wir sehen es als Aufgabe an, Terror gegen die Türkei auszuüben*"

Diese Drohung steht im eklatanten Widerspruch zur Erklärung des Innenministers vor dem Nationalrat zu aktuellen kurdischen Aktivitäten in Österreich am 25. Februar 1999, in der er darauf hinwies, daß Österreich unterdrückten Volksgruppen zwar die Möglichkeit einräumt, in zivilisierter und gewaltfreier Form für friedliche Lösungen ihres Problems einzutreten, daß aber den handelnden Personen bewußt sein müsse, daß ein demokratischer Rechtsstaat verpflichtet sei, Gewaltaktionen auf seinem Territorium zu unterbinden und die den Gesetzen zuwiderhandelnden Personen nach den Prinzipien der rechtsstaatlichen Ordnung zu belangen und zu bestrafen.

Von Interesse war auch die Erklärung des Innenministers, daß die PKK und die ERNK, ein politischer Zweig der PKK, in Österreich weder als Vereine noch als Parteien registriert seien.

Diese Erklärung steht faktisch in Widerspruch zum Auftreten von ERNK - Vertretern im Wiener Europabüro der SPÖ, aber auch zu den Feststellungen der

Gerichte (OGH 18.10.1994, 11 Os 112, 114/94) und Berichten über die Eröffnung eines ERNK - Büros in Wien im März 1995. Diese Tatsache war ja auch Gegenstand von Beratungen insbesondere des früheren Innenministers Einem über die Vorgangsweise der Exekutive.

Die unterfertigten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e :

1. Ist Ihnen die Terrordrohung des Abgeordneten des Kurdischen Exilparlaments, Necdet Buldan, anlässlich des Mediengesprächs im Wiener Europabüro der SP bekannt?
2. Wie beurteilen Sie diese Äußerung aus strafrechtlicher Sicht?
3. Wurde gegen Necdet Buldan Strafanzeige erstattet?
4. Sind diese Terrordrohungen allenfalls Anlaß für fremdenpolizeiliche Maßnahmen?
5. Wenn ja, welche?
Wenn nein, warum nicht?
6. Welche Organisationsform hat die ERNK, wenn sie zwar kein Verein ist, aber doch organisiert auftritt und offenbar auch über eine Bürostruktur verfügt?
7. Ist dies nicht ein Widerspruch zum Vereinsrecht?
8. Was werden Sie unternehmen, um diesen Widerspruch zu bereinigen?